



HESSISCHER LANDTAG

31. 01. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hochschulstandort Hessen ist innovativ und dynamisch

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass dank der konsequenten Hochschul- und Forschungspolitik der Landesregierung das Bundesland Hessen in wichtigen Zukunftstechnologien wie der Bio- und Medizintechnologie, der Mobilitäts- oder der IT-Forschung führend ist. An dieser Wettbewerbsfähigkeit haben staatliche wie private Hochschulen, Forschungsinstitute und Forschergruppen erheblichen Anteil. Sie tragen zu wirtschaftlicher Stärke, Innovationskraft und Dynamik bei - und sie sichern und schaffen hoch qualifizierte Arbeitsplätze. Der Bereich Bildung hat für die Landesregierung folgerichtig höchste Priorität.
2. Durch den Hessischen Hochschulpakt für die Jahre 2011 bis 2015 wird das Budget der Hochschulen, das 1999 bei lediglich 967 Mio. € lag, in den kommenden Jahren garantiert mindestens 1,4 Mrd. € betragen. Bis 2015 wird den Hochschulen dieses Budget zur Verfügung stehen und ein außergewöhnliches Maß an Planungssicherheit gewährleistet. Darüber hinaus existiert die Möglichkeit, dass das Budget bei steigenden Steuereinnahmen - im Vergleich zum Basisjahr 2008 - um bis zu zweimal 20 Mio. € ansteigt. Dies ist erstmalig 2012 der Fall.
3. Der Landtag begrüßt erneut, dass die Landesregierung 2008 mit dem Forschungsförderprogramm "Landes-Offensive zur Entwicklung Wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz (LOEWE)" ein zentrales Instrument geschaffen hat, welches die Forschungs- und Innovationskraft Hessens, insbesondere im Wettbewerb mit anderen Bundesländern, nachhaltig stärkt. LOEWE ist aufgrund seiner wettbewerblichen Konzeption und seines Finanzvolumens bundesweit vorbildlich. Bis 2013 stellt die Landesregierung hierfür 410 Mio. € bereit. Forschungsverbünde wie das "Zentrum für Synthetische Mikrobiologie (SYNMIKRO)" in Marburg oder das Forschungszentrum "Adaptronik-Research, Innovation, Application (AdRIA)" in Darmstadt stehen beispielhaft für die Vernetzung exzellenter Spitzenforschung an hessischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.
4. Der Landtag bewertet die starke Unterstützung der außeruniversitären Spitzenforschung in Hessen durch die Politik der Landesregierung als zukunftsweisende Entscheidung. Dies umfasst insbesondere die Investition von über 140 Mio. € in den nächsten zehn Jahren für die Ansiedlung eines Max-Planck-Institutes für empirische Ästhetik in Frankfurt a.M., die Integration des Deutschen Kunststoff-Institutes Darmstadt in das dortige Fraunhofer-Institut für Betriebsfestigkeit und Systemzuverlässigkeit (LBF), die Gründung einer neuen Fraunhofer-Projektgruppe für Wertstoff-Kreisläufe und Werkstoff-Substitution (IWKS) in Hanau - mit dem mittelfristigen Ziel der Einrichtung eines Fraunhofer-Institutes - sowie für das Ernst-Strüngmann-Institut (ESI) in Frankfurt a.M. Damit wird für diese Forschungseinrichtungen ein umfassendes Maß an Planungssicherheit gewährleistet und Sorge dafür getragen, dass zusätzliche Bundesmittel in Hessen investiert werden.

5. Hervorragende Lehre leistet einen wesentlichen Beitrag für gute Studienleistungen. Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund, dass die gemeinsame Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder innovative und zukunftsweisende Konzepte zur Verbesserung von Studienstruktur und Lehre in Hessen in einem Gesamtvolumen von mehr als 30 Mio. € ausgezeichnet hat. Hessische Hochschulen haben damit im Vergleich der Bundesländer überdurchschnittlich gut abgeschnitten.
6. Der Landtag stellt fest, dass Hessen bei den Studierenden hohe Attraktivität besitzt. Dabei stellt Hessen bezogen auf die Einwohnerzahl im Bundesschnitt überproportional viele Studienplätze bereit und bildet seit Jahren eine hohe Zahl von Studenten für andere Bundesländer aus. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag der Wanderungssaldo im WS 2009/10 bei über 7.000 Studierenden. Da im Hochschulbereich im Gegensatz zur Schule bislang kein Ausgleichssystem zwischen den Bundesländern existiert, muss Hessen aufgrund seiner hohen Attraktivität als Hochschulstandort im Vergleich zu anderen Ländern erheblich höhere finanzielle Lasten tragen.
7. Der Landtag bittet die Landesregierung, mit den anderen Bundesländern sowie dem Bund in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel, einen finanziellen Ausgleich im Hochschulbereich einzurichten und die finanziellen Lasten für Hochschulbildung bundesweit gerecht zu verteilen.
8. Im Sinne einer abgestimmten Hochschulplanung, die einen Abgleich der Studien- und Forschungsangebote ermöglicht sowie Kooperationen fördert und die Profilbildung unterstützt, befürwortet der Landtag die Konzeption eines Landeshochschulentwicklungsplan für die hessischen Hochschulen. Er baut auf den Zielvereinbarungen für den Zeitraum 2011 bis 2015 zwischen den hessischen Hochschulen und dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst auf und wird eine langfristige Strategie zur Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Hessen aufzeigen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 24. Januar 2012

Für die Fraktion der CDU
Der Parl. Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion der FDP
Der Parl. Geschäftsführer:
Blum